

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 107. Ratssitzung vom 9. September 2020

2899. 2019/156

**Postulat von Muammer Kurtulmus (Grüne) und Urs Helfenstein (SP) vom
17.04.2019:**

Jährliche Statistiken mit Kennzahlen zur Bildungsgerechtigkeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Urs Helfenstein (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1169/2019): Am 13. März 2019 überwiesen wir das Postulat von Marco Denoth (SP) und mir, bei dem es um das Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für Kantons- und Berufsmaturitätsschulen ging. Yasmine Bourgeois (FDP) schlug eine Textänderung vor, die wir annahmen und das Postulat wurde mit 101 zu 16 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen. Im Nachgang zum Postulat kam Muammer Kurtulmus (Grüne) mit der Idee für das jetzige Postulat auf mich zu, das wir einen Monat später eingereicht haben. Wir haben den Stadtrat gebeten, zu prüfen, wie die Abteilung Statistik der Stadt Zürich im Bereich der Volksschule jährliche Statistiken mit verschiedenen Kennzahlen zur Bildungsgerechtigkeit veröffentlichen kann. Dazu sind neue Indikatoren für die valide Erfassung von Bildungsgerechtigkeit zu bilden. Sie erinnern sich, dass das erste Postulat mit 101 zu 16 Stimmen überwiesen wurde, konsequenterweise hat die Partei mit den 16 Stimmen das neue Postulat ebenfalls abgelehnt. Meistens kommen zwei Totschlagargumente, die selber totgeschlagen gehören. Nummer eins ist: Ihr Linken habt in den Kreisschulbehörden sowieso die Mehrheit, die meisten Schulpräsidien, wie auch die Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat – wieso tut ihr es nicht einfach? Das Gegenargument hat STR Filippo Leutenegger beim urlinken Thema Velowege geliefert: «Da haben wir nicht einfach Patentlösungen, das ist gar nicht möglich und das ist völlig unabhängig von der parteipolitischen Couleur. Also deine Leute», sagte er zu Marco Denoth (SP), «wenn ein SP-Mann oder eine SP-Frau im Amt wäre, die hätten es nicht viel einfacher als ich». Totschlagargument Nummer zwei ist, Gerechtigkeit sei eine Illusion. Die erreiche man sowieso nicht, heisst es oft. Warum kämpfen wir immer wieder dafür? Vielleicht, weil wir es immer und immer wieder versuchen, was wahrscheinlich der Unterschied zwischen der linken und der rechten Ratsseite ist. Nun zitiere ich aus dem Beobachter, bei dem es um gerade diese Bildungsgerechtigkeit geht: «Die Zürcher Intelligenzforscherin Elsbeth Stern beklagt sich schon lange, dass die falschen Kinder am Gymnasium sind. In Schweizer Gymnasien hat es Kinder, die dort nicht hingehören, sagt die Professorin klipp und klar. Wohlhabende Eltern pushen sie ins Gymnasium, intelligente Kinder aus niederen Bildungsschichten schaffen es nicht, weil sie zu wenig gefördert werden. Über den Zugang ans Gymnasium müssten allein die geistigen Fähigkeiten entscheiden und nicht die Herkunft, sagt die ETH-Professorin für Lehr- und Lernforschung». Ein anderer Artikel mit dem Titel «Ein Algorithmus soll die Kinder auf die

Schulhäuser verteilen und so die Chancengleichheit wahren» war in der Sonntags-Zeitung zu lesen. In der WoZ stand ebenfalls ein Artikel, der in diese Richtung geht. In unserem Postulat geht es nicht um Bildungsgerechtigkeit, sondern bloss um das Bereitstellen von Zahlenmaterial. Weshalb man trotzdem dagegen sein kann, wird uns Stefan Urech (SVP) erklären. Erst, wenn man Zahlen hat, kann man diese für die eigenen politischen Interessen verwenden und erst mit der Interpretation dieser Zahlen lässt sich Politik machen. Als Muammer Kurtulmus (Grüne) mit der Idee auf mich zukam, habe ich mich bei einer Schulpräsidentin erkundigt, die mir schrieb: «Ich bin auch für das Öffentlichkeitsprinzip. Es gibt viele Infos in der Bildungsstatistik. Da steht eventuell schon Vieles drin. Heute hat mich eine Journalistin gefragt, warum wir eine überraschend hohe Gymiquote hätten», es geht um die Kreise 4 und 5, «haben wir aber nicht. Ich melde mich mal bei der Journalistin». Dann schrieb sie mir, es sei wichtig, eben diese Zahlen korrekt zu interpretieren. Das kann jede und jeder auf seine Art machen. Das Postulat ist nur eine Zwischenetappe. Kurz darauf durfte ich eine schriftliche Anfrage von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) mitunterschreiben mit dem Titel: «Vorbereitungskurse der Volksschule für die Aufnahmeprüfung ans Gymnasium. Städtische Vorgaben, Teilnahmebedingungen und Konzepte für diese Kurse, sowie Vorgehen betreffend Qualitätssicherung und Evaluationen». Die Antworten haben wir in der Zwischenzeit erhalten und Vieles verweist auf den ursprünglichen, eingangs erwähnten Vorstoss. Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Ich habe fast wöchentlich Zeitungsartikel zum Thema gefunden, vor allem, wenn wieder Prüfungen anstehen. Interessant ist, dass mehrere Leute auf mich zugekommen sind – unter anderem vom Eltern-Kontakt-Gremium und vom Ausländerinnenbeirat, für den Bildungsgerechtigkeit eines der wichtigsten Themen ist. Ich treffe mich in den nächsten Tagen mit Personen aus diesem Umkreis und es wird wahrscheinlich wieder einen Vorstoss in diese Richtung geben. Mein Schlusswort ist eine Mitteilung von Muammer Kurtulmus (Grüne): «Wenn die Bildungsgerechtigkeit uns tatsächlich ein Anliegen ist und wir dafür zielführende Massnahmen installieren wollen, sind wir auf verlässliche Angaben angewiesen, damit unsere Massnahmen auf ihre Wirksamkeit geprüft werden können».

Stefan Urech (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag: *Bildungsgerechtigkeit wird als Thema von der linken Seite seit Jahrzehnten bewirtschaftet. Ich erinnere mich, wie ich mich bei meiner Mutter, die ebenfalls Lehrerin ist, darüber beklagt hatte, an der PH schon wieder eine Arbeit zum Thema schreiben zu müssen und sie sagte: Das war schon bei mir ein Thema. Über Bildungsgerechtigkeit spricht man schon seit Jahrzehnten, man probiert allerlei aus und hat schon x Millionen in Fördermassnahmen und zusätzliches Personal investiert. Jetzt soll neu eine Statistik erfasst werden, die Klarheit schaffen soll. Wir zweifeln daran, dass ihr – wenn wir die Resultate haben – der Wahrheit wirklich ins Gesicht schauen möchtet. Dort, wo das Problem offensichtlich ist, wollt ihr es nicht sehen. Wenn wir euch sagen, dass in einem Schulhaus, in dem kaum noch Deutsch gesprochen wird, die Schüler eine schlechtere Ausgangslage haben als jene, aus einer besser durchmischten Klasse, dann wollt ihr das nicht hören. Wenn wir euch sagen, dass ihr in der Stadt Zürich mit der Vermischung der Niveaus A, B und C eine Nivellierung nach unten schafft und somit ein Sek-A-Schüler aus der Stadt Zürich weniger gut dasteht als ein Sek-A-Schüler vom Land, wollt ihr das auch nicht hören. Darum weiss ich nicht, ob es*

hier nicht vielmehr um eine Bewirtschaftung des Titels Bildungsgerechtigkeit geht, oder ob ihr wirklich etwas herausfinden wollt. Zudem ist die Schweiz ein Land mit einem durchlässigen Bildungssystem, wie man es erst nach langer Suche wiederfinden kann. Wer sich Mühe gibt, kann das Niveau noch oben wechseln. Hat nicht gerade die Tochter von Muammer Kurtulmus (Grüne) kürzlich ihren Gymi-Abschluss feiern können? Dies ist ein Beispiel dafür, dass man auch ohne Deutsch als Erstsprache in der Schweiz das Gymi machen kann. Das soll auch so sein. Hier wird ein Problem bewirtschaftet, das nicht wirklich eines ist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Bei der Frage nach Bildungsgerechtigkeit höre ich ständig den Begriff Gymi. Diese Fokussierung ist falsch. Wir sprechen davon, dass unsere Schülerinnen und Schüler den richtigen Anschluss finden. Über das können und müssen wir sprechen. Wir haben ein hervorragendes System mit den absolut tiefsten Arbeitslosenzahlen, weil das duale Bildungssystem funktioniert. Nicht überall: In Genf und im Tessin funktioniert es nicht, weil alle ins Gymi gehen und das ist ein Fehler. Es ist doch nicht gerecht, wenn alle ins Gymi gehen. Wird man dadurch glücklicher? Sind die Jugendlichen in Italien glücklicher, wo alle das Gymi gemacht haben und arbeitslos sind? Wir werden diese Statistik machen. Das Wichtigste ist, dass unsere jungen Leute einen guten Beruf erlernen können – auch studieren können. Aber es kann keine 50-Prozent-Gymiabsolventenquote geben, sonst haben wir Arbeitslosigkeit, weil uns die Fachleute fehlen. Ich bitte Sie eindringlich, Gerechtigkeit nicht mit dem Gymiabschluss zu verwechseln.*

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Der Vorstoss verlangt Zahlen zur Bildungsgerechtigkeit. Für mich gibt es bei diesem Vorstoss zwei zentrale Fragen: Was will man erstens bei diesem Vorstoss genau messen? Was ist Bildungsgerechtigkeit? Zweitens: Bringt uns dieser Vorstoss einen Mehrwert – also etwas, was wir nicht schon wissen? Zuerst muss man definieren, was Bildungsgerechtigkeit ist. Unsere Lebensumstände können wir nicht frei wählen. Einerseits wachsen wir unter bestimmten sozialen Bedingungen auf, andererseits haben wir persönliche Gaben, mit denen wir ausgestattet werden. Heisst jetzt Bildungsgerechtigkeit, dass wir alle sozialen oder genetisch bedingten Unterschiede beseitigen müssen? Es gibt auch eine grosse Anzahl äusserer Einflüsse, die wir nicht beeinflussen können: die wirtschaftliche Lage, die Umstände im Quartier, die unterschiedlichen Klassenzusammensetzungen, die Qualität des Unterrichts usw. Würden wir all diese Ungleichheiten ausgleichen wollen, würden wir nie fertig werden. Wichtig ist in unseren Augen, dass jeder gemäss seinen Fähigkeiten so gut wie nur möglich gefördert wird und dies auf eine Art und Weise, die ihm gerecht wird. Wenn Gerechtigkeit Gleichheit hiesse, hätten wir nie eine gerechte Schule, weil wir nicht alle gleich sein können. Doch davon haben wir hier im Rat ein allzu unterschiedliches Verständnis und dies macht es so schwierig, Zahlen zu erfassen, die etwas anderes aussagen als das, was sich in zahlreichen Studien und Evaluationen nicht sowieso gezeigt hat. Nämlich, dass*

4 / 4

Kinder aus bildungsfernen Schichten schlechtere Chancen haben als Kinder aus bildungsnahen Familien. Das wissen wir, und es ist ein Zustand gegen den man etwas unternehmen sollte, da sind auch wir dabei. Vom Schweizerischen Wissenschaftsrat bestehen ebenfalls Empfehlungen zur Chancengleichheit im Bildungswesen. So fordert er zum Beispiel die Erweiterung der frühkindlichen Bildung und eine Verbesserung der Qualität des Primarschulunterrichts. Das sind Dinge, die wir nicht zum ersten Mal hören und darum frage ich, welchen Mehrwert wir mit diesem Vorstoss erreichen ausser einem sehr grossen administrativen Aufwand? Die FDP möchte Ihnen darum eine Textänderung beliebt machen: «Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie die Abteilung Statistik Stadt Zürich im Bereich der Volksschule jährlich während fünf Jahren jedes zweite Jahr Statistiken mit verschiedenen Kennzahlen zur Bildungsgerechtigkeit veröffentlichen kann. Dazu sind auch neue Indikatoren für die valide Erfassung von Bildungsgerechtigkeit zu bilden». Ich bitte den Rat, diese Textänderung anzunehmen.

Urs Helfenstein (SP): *Vor fünf Minuten erhielt ich diesen Textänderungsantrag, der die Forderung nach Bildungskennzahlen auf fünf Jahre begrenzen möchte. Wären es zwanzig Jahre gewesen, hätte ich zugestimmt, aber bei fünf muss ich leider ablehnen. Zu den Äusserungen von STR Filippo Leutenegger, Stefan Urech (SVP) und Yasmine Bourgeois (FDP): Ich will euch gar nicht widersprechen. Es geht uns nicht nur ums Gymnasium. Beim ursprünglichen Vorstoss von Marco Denoth (SP) und mir ging es explizit auch um Berufs- und Berufsmittelschulen. Wir hätten gerne Zahlen, wie sie bis 2014 vorhanden und abrufbar gewesen waren, danach plötzlich nicht mehr, dann kann sich jeder und jede die eigene Meinung bilden – und dies länger als nur fünf Jahre.*

Das Postulat wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat